

## ZAHL DES TAGES

32 940

## Neun von zehn kommen durch

Lehrlinge: Durchfallquote vom Beruf abhängig

Immer weniger junge Leute beginnen eine Lehre, dabei sind die Chancen, sie mit einem Abschluss zu beenden, recht gut. Wie das Statistische Landesamt mitteilt, haben im vergangenen Jahr von den 32 940 jungen Frauen und Männern, die zum Ende ihrer Lehrzeit an einer Prüfung in einer Kammer teilnahmen, 88 Prozent mit Erfolg abgeschlossen. Die Durchfallquoten schwanken allerdings von Beruf zu Beruf. Bei den Frisuren bestanden 83, bei den Köchen 80 Prozent. Schlechter war die Quote bei den Orthopädie-schulmachern, wo von den 19 Lehrlingen nur 14 bestanden. Hingegen schaffte es der einzige Zupfinstrumentenmechaniker auf Anhieb. Oder war es eine Zupfinstrumentenmechanikerin? Dazu schweigt die Statistik.

Was sie aber zeigt, das ist, dass tatsächlich die Zahl der jungen Hessen, die sich für eine Ausbildung entscheiden, sinkt. 1985 hatten noch 56 100 junge Frauen und Männer eine Abschlussprüfung abgelegt, im vergangenen Jahr waren es, wie erwähnt, gerade einmal noch 32 940. Der deutlichste Rückgang, von 56 100 auf 38 280, geschah allerdings schon vor längerer Zeit, zwischen 1985 und 1995. Doch auch seitdem weist die Kurve nahezu kontinuierlich nach unten. Die Durchfallquote hingegen ist ungefähr gleich geblieben. *mak.*

## Streit um Streitschlichter in Sachen Windenergie

Wenn in einem Ort der Streit um Windräder hochkocht, helfen Mediatoren, für deren Tätigkeit das Wirtschaftsministerium Mittel bereitstellt. Eine Werbeveranstaltung der Windkraftlobby sei das, schimpft die Opposition.

Von Ewald Hetzrodt

WIESBADEN. Ein Arzt sei mit der These hausieren gegangen, dass Windkraft impotent mache, berichtete der Lautertaler Bürgermeister Jürgen Kaltwasser (SPD). Die Debatte über die Energiewende habe seine Gemeinde im Odenwald vor drei Jahren tief gespalten. „Eine Eskalation stand bevor.“ Doch dann seien die Moderatoren des Landes Hessen gekommen und hätten die Diskussion versachlicht. „Ohne die Unterstützung des Bürgerforums wäre eine Befriedung des Konfliktes höchstwahrscheinlich nicht möglich gewesen“, stellte Kaltwasser fest.

Eine Reihe solcher Kronzeugen aus allen Teilen des Hessenlandes ließ Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir (Die Grünen) gestern in einer Pressekonferenz aufmarschieren, um sich von ihnen attestieren zu lassen, wie segensreich sein Mediationsprogramm zur Entschärfung lokaler Konflikte um Windräder sei.

Davon machten seit April 2014 mehr als 35 Kommunen Gebrauch. Von 44 befragten Kommunalpolitikern zeigten sich gut zwei Jahre nach dem Start 38 zufrieden oder sogar sehr zufrieden mit den Informationen und Diskussionen. Neun von zehn Befragten nahmen das Programm als „fachkundig, bedarfsgerecht und problembewusst“ wahr.

Zunächst habe das Programm die Funktion der Feuerwehr gehabt, erklärte Al-Wazir. Man sei erst gerufen worden, wenn der Streit zwischen Befürwortern und Gegnern der Windenergie schon voll entbrannt gewesen sei. Doch inzwischen diene das Bürgerforum dazu, die Bevölkerung möglichst früh über alle Pläne und Fakten zu informieren. Je besser die Menschen Bescheid wüssten, umso leichter lasse sich die Diskussion führen.

Er sicherte zu, dass die Fachleute des Landes an Ort und Stelle „ergebnisoffen“ berieten. Es sei nicht ihre Aufgabe, um jeden Preis die Installation von Windrädern durchzusetzen. „Wir wollen nicht



Stein des Anstoßes: Windräder in Hessen, hier aufgenommen im Vogelsbergkreis.

Foto dpa

überall mit dem Kopf durch die Wand.“ Das Ministerium hat für das Bürgerforum nach eigenen Angaben seit dem Jahr 2014 insgesamt 3,8 Millionen Euro aufgewandt. Auf die Frage, warum seine Experten sich nicht in den Wiesbadener Streit um die auf den Taunushöhen geplanten zehn Windräder einschalteten, antwortete Al-Wazir: „Wir drängen uns nicht auf.“ Die Kommunen müssten schon auf das Land zukommen.

Der Minister kritisierte, dass die in Wiesbaden erscheinenden Zeitungen den Eindruck erweckten, dass die auf der Hohen Wurzel geplanten Anlagen die einzigen in Hessen wären. So viele Windräder, wie allein im Rheingau-Taunus-Kreis stünden, werde es aber in Wiesbaden nie geben. In ganz Hessen wurden nach den Angaben des Ministers am Ende des vergangenen Jahres 860 Windenergieanlagen verzeichnet. Um das Ziel zu erreichen, im Jahr 2050 die gesamte Stromversorgung aus erneuerbaren Energien decken zu können, benötige man 2100 bis 2600 Anlagen.

„Das angebliche Bürgerforum der Landesregierung ist nichts anderes als eine Werbeveranstaltung der Windkraftlobby“, meinte hingegen gestern René Rock, energiepolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag. Eine offene Diskussion werde nicht zugelassen, weil das einzige Ziel mehr Windkraft sei. Einer der Gründe dafür, dass sich immer mehr Bürger gegen die schwarz-grüne Energiepolitik zusammenschlossen, sei die Tatsache, dass sie nicht in die Planung einbezogen würden. Gegen den Regionalplan Südhessen gebe es mehr als 30 000 Einwendungen.

Viele Kommunen fühlten sich übergangen, weil ihr Recht auf Flächennutzungsplanung systematisch ausgehöhlt werde. Darum wolle eine Reihe von Gemeinden gegen die Ausweisung von Windvorranggebieten klagen. Allein im Regierungsbezirk Nordhessen lehnten 42 Kommunen die vorgesehenen Windvorranggebiete ab, stellte Rock fest.

„Das zeigt deutlich, dass der Windkraftausbau nicht nur gegen den Willen der

Bürger, sondern auch gegen die Beschlüsse der kommunalen Parlamente und gewählten Abgeordneten durchgedrückt wird“, erklärte Rock. Al-Wazir und Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) könnten noch nicht einmal die örtlichen CDU-Bürgermeister und -Abgeordneten überzeugen. Selbst einige Grüne lehnten geplante Windräder ab.

Wirklich hilfreich wäre es, wenn das Land Hessen in seinem eigenen Staatsforst die Flächen für Windkraft in erster Linie an lokale und regionale Windkraftinitiativen vergeben würde, meinte Timon Gremmels, der energiepolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Wenn die Menschen sähen, dass die Einnahmen aus der Windkraft ihrer Kommune oder ihrer Genossenschaft zugutekämen, steige auch die Akzeptanz für Windkraft. Die jüngsten Beispiele aus Alheim und dem Reinhardswald zeigten aber, dass das Land nur an den Meistbietenden verpachte. Eine ordentliche Bürgerbeteiligung und die regionale Wertschöpfung spielten bei der Vergabe kaum eine Rolle.

## LESERS NÖTE

## DSL-Bandbreite zu gering

Lars W. aus Bad Vilbel hat vor gut einem halben Jahr einen Vertrag „DSL 16.000“ für Internet und Telefonie mit einem Telekommunikationsanbieter abgeschlossen. Sowohl in der Werbung auf der Internetseite des Anbieters als auch im Vertrag war von einer „DSL-Flarrate mit 16 000 kBit/s Datenrate“ die Rede. Der monatliche Preis beträgt 34,99 Euro. Als Herr W. nach einiger Zeit die Bandbreite überprüfte, bemerkte er, dass er statt der versprochenen Bandbreite nur eine deutlich geringere Rechte er hat.

Beim Abschluss von DSL-Verträgen wird eine genaue Bandbreite so gut wie nie zugesagt. Der Vertrag schließt in der Regel einen Telefonanschluss mit DSL-Internetzugang ein. Die Anbieter versprechen nur Bandbreiten „... bis zu ...“ (zum Beispiel: „bis zu zwei MBit/s“), was von den Verbrauchern regelmäßig nicht wahrgenommen wird. Manche Anbieter versprechen „... mindestens ...“ (zum Beispiel: sechs MBit/s), mit Option auf ... (zum Beispiel: 16 MBit/s). Mittlerweile gibt es einige Anbieter, die einen Bandbreitenkorridor nennen und so eine Mindestbandbreite vertraglich zusagen. Die gängigsten Stufen der Bandbreiten sind 1000 kBit/s, 2000 kBit/s, 6000 kBit/s sowie 16 000 kBit/s.

Im Regelfall aber handelt es sich um absolute Obergrenzen, die nur selten erreicht werden. Leistungsverluste entstehen zum Beispiel in einer ungünstigen Infrastruktur, durch ein hohes Nutzeraufkommen oder Hardware, die nicht die volle Leistung nutzen kann. Bis zu einem bestimmten Maß ist das völlig normal und muss akzeptiert werden. Seit dem 8. Mai 2012 müssen die Anbieter in einem neuen Vertrag über den Internetzugang das Mindestniveau der Dienstqualität angeben (Paragraph 43a II Nummer 3 Telekommunikationsgesetz). Die Anbieter müssen sich also bereits im Vertrag dazu äußern, welche Bandbreite an dem Leistungsort mindestens möglich ist.

Da die Bandbreite aber nicht nur vom Anbieter, sondern auch von den Gegeben-

heiten am Ort des Kunden beziehungsweise von Umständen abhängig ist, die in der Verantwortung des Verbrauchers liegen, ist nicht jede Unterschreitung der Bandbreite auch eine Vertragsverletzung, die weitere Rechte des Kunden nach sich zieht.

Erst wenn man ausschließen kann, dass es in der eigenen Wohnung Störungen gibt, die zur Verminderung der Bandbreite führen, und außerdem die Störungen ein erhebliches Maß erreicht haben, kann man von einer Vertragsverletzung sprechen. Der Verbraucher sollte ein Protokoll anfertigen, um das Ausmaß der Unterschreitung festzuhalten. Dann sollte er den Vertragspartner anschreiben, das Protokoll beifügen und eine Frist zur Bereinigung setzen, Schadensersatz beziehungsweise ein Downgraden des Vertrages (zum entsprechend günstigeren Preis) verlangen. Unter Umständen kommt auch eine Kündigung wegen Unzumutbarkeit der Fortsetzung des Vertrages in Betracht (Paragraph 314 BGB).

Zu Streitigkeiten über zu geringe Bandbreiten gibt es bislang aber weder eine einheitliche Rechtsprechung noch feste Beurteilungsmaßstäbe. Das Amtsgericht Fürth hat 2009 entschieden, dass bei einem Vertrag mit vereinbarten DSL 6000 MBit/s mit einer Option auf DSL 16 000 MBit/s eine gelieferte Leistung von etwa 3000 MBit/s zu wenig sei (Urteil vom 7. Mai 2009 – 340 C 3088/08). In einem anderen Fall entschied das Amtsgericht Kiel (Urteil vom 4. März 2011 – 106 C 21/11), dass der Verbraucher wegen Wegfalls der Geschäftsgrundlage nach Paragraph 313 Absatz 3 Satz 2 BGB kündigen kann, wenn die vereinbarte Bandbreite um mehr als 50 Prozent unterschritten wird. Bereits 2008 entschied das Amtsgericht Montabaur, dass ein Verbraucher Anspruch auf Schadensersatz hat, wenn die Übertragungsgeschwindigkeit zu gering ist (Urteil vom 4. August 2008 – 15 C 268/08).

Häufig kommen die Anbieter dem Verbraucher jedoch nicht ohne weiteres entgegen. Auch vor dem Hintergrund, dass die meisten allgemeinen Geschäftsbedingungen der Anbieter vorsehen, dass lediglich „die am Wohnort des Verbrauchers mögliche Bandbreite“ geschuldet ist, also keine genaue Bandbreite zugesagt wird, ist es schwierig, eine Grenze zu bestimmen, von der an die gelieferte Bandbreite nicht mehr vertragsgemäß zu nennen ist. Letztlich kommt es immer auf die Umstände des Einzelfalls an.

Peter Lassek,  
Rechtsanwalt in Bad Homburg

## Mit 30 Jahren noch eine Lehre

mak. FRANKFURT. Auch im Alter von 30 Jahren lohne noch eine Lehre, heißt es bei der Agentur für Arbeit Frankfurt. Deren Chef Karl Heinz Huth weist darauf hin, dass es für Auszubildende im Alter von 25 bis 35 Jahren ein spezielles Förderprogramm namens „Zukunftstarter“ gebe. Unter anderem lockten Prämien, die ausbezahlt würden, wenn der Lehr-

ling die Zwischen- oder die Abschlussprüfung schaffe. Die Frankfurter Arbeitsagentur habe auf diese Weise in den vergangenen drei Jahren 700 Frauen und Männern geholfen. Huth hob hervor, eine Berufsausbildung sei auch in einem etwas höheren Alter noch ein lohnendes Ziel. Wer eine Lehre abgeschlossen habe, verdiene in der Regel mehr.

## DGB widerspricht Schäfer beim Kündigungsschutz

mak. FRANKFURT. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich dagegen ausgesprochen, dass Banker leichter entlassen werden können, wenn sie hohe Abfindungen kassieren. „Völlig abwegig“, sagte Gabriele Kailing, die Vorsitzende des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen, gestern zu Äußerungen des hessischen Finanzministers Thomas Schäfer (CDU) am Donnerstag. Die Ausführungen des Ministers erinnerten „an die unseligen Deregulierungsvorschläge des damaligen Ministerpräsidenten Koch für den Arbeitsmarkt vor gut zehn Jahren“. Es sei schon erstaunlich, „dass solche verstaubten Konzepte jetzt von einer schwarz-grünen Landesregierung wieder aus der Mottenkiste geholt werden“.

Schäfer hatte sich am Donnerstag zu der Frage geäußert, wie Frankfurt vom Brexit profitieren und insbesondere Banker von der Themse an den Main locken kann. Er werbe bei den Unternehmen in der britischen Hauptstadt mit dem „sehr berechenbaren Arbeitsrecht“, hatte der CDU-Politiker ausgeführt, sich aber zugleich dafür ausgesprochen, über einzelne Gesetzesänderungen nachzudenken, weil die Regeln des deutschen Arbeitsrechts viele Ausländer verunsicherten. „Ein hochbezahlter Banker ist vielleicht weniger schutzwürdig als die einfache Sparkassenangestellte“, hatte Schäfer gesagt (F.A.Z. vom Freitag).

Kailing entgegnete, allein die hohen Beschäftigungszahlen in Deutschland zeigten, dass der Kündigungsschutz nicht als Einstellungsbarriere anzusehen sei. Eine Deregulierung des Arbeitsrechts wäre ein verheerendes Signal und würde einen internationalen Wettbewerb um die geringsten Sozialstandards anheizen.

## Start-ups mit Ideen für Flüchtlinge gesucht

mak. FRANKFURT. Die KfW-Stiftung sucht zum zweiten Mal junge Unternehmer, die Ideen haben, wie Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integriert werden können. „Ankommer. Perspektive Deutschland“ heißt das Projekt der in Frankfurt ansässigen Organisation der KfW-Bankengruppe, bei dem sich Existenzgründer um Stipendien in Höhe von 12 500 Euro bewerben können. Die besten Jungunternehmen bekommen überdies ein Startgeld für ihre berufliche Existenz.

Beim ersten Durchlauf kamen von den drei Siegern aus Frankfurt. Das Unternehmen Stich by Stich bildet weibliche Flüchtlinge zu Näherinnen aus, das Unternehmen Code Door, das seinen Sitz in der Mainmetropole und in Berlin hat, bringt Asylbewerber das Programmieren bei. Im dritten Sieger-Vorhaben, Refugee Law Clinic, werden an der Leipziger Universität Studenten zu Sprachvermittlern und Rechtsberatern für Flüchtlinge ausgebildet.

Die KfW-Stiftung arbeitet bei dem Projekt mit der Social Impact Lab GmbH zusammen, die unter anderem eine Niederlassung in Frankfurt-Bockenheim hat. Jungunternehmen, die Ideen haben, wie Flüchtlinge geholfen werden kann, und deren Ideen sich im Idealfall auf andere Unternehmen übertragen lassen, können sich bis zum 3. Oktober bewerben. Informationen im Internet unter der Adresse [www.ankommer.eu](http://www.ankommer.eu).

## Weniger Aufträge für die hessische Industrie

mak. WIESBADEN. Die schwächelnde Weltkonjunktur hinterlässt auch Spuren bei der hessischen Industrie. Wie das Statistische Landesamt mitteilt, gingen die Auftragseingänge aus dem Ausland im Juni um 4,4 Prozent zurück. Nur weil die Orders aus dem Binnenland um 0,9 Prozent stiegen, ist unter dem Strich lediglich ein Rückgang bei den Eingängen um 2,2 Prozent zu verzeichnen. Verglichen wird dabei der Juni 2016 mit dem Juni 2015, wobei die Inflation herausgerechnet wird. Sie spielt gegenwärtig allerdings sowieso keine Rolle.

Wie die Behörde weiter wissen ließ, setzten die Unternehmen in Hessen im Juni 9,3 Milliarden Euro um. Das bedeutete im Vergleich zum gleichen Monat des vergangenen Jahres einen Rückgang um 2,5 Prozent. Schaut man näher auf die Zahlen, fällt vor allem der Rückgang der Umsätze mit anderen Ländern der Eurozone in Höhe von 12,9 Prozent auf.

Erfreulich ist nach wie vor der Blick auf die Beschäftigung. Die Zahl der Mitarbeiter in der hessischen Industrie lag im Juni lediglich 0,1 Prozent unter dem Wert vom Juni vergangenen Jahres. Die Statistiker berichten davon, dass 360 300 Frauen und Männer in der Industrie Arbeit hatten. Einen Stellenzuwachs um zwei Prozent gab es in der Pharmaindustrie, einen Rückgang um 3,7 Prozent hingegen in der Chemie-Industrie. Erfasst werden von den Statistikern aber nur Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten, wie die Wiesbadener Behörde wissen lässt.

vitos:

Hochtaunus

## Unterhaltung · Musik · Informationen

- Musikalische Unterhaltung mit „Niteshift“ (in den Genres Pop, Rock und Soul eine der angesagtesten Bands weit und breit) • Klinik-Clownin Pauline
- Abenteuerspielplatz • Kutschfahrten durch den Taunus • Besichtigungen
- Kulinarisches • Spiel und Spaß für Kinder • Workshops • Fachvorträge • Infos

SOMMERFEST  
AM SONNTAG,  
21. AUGUST 2016

im Vitos Waldkrankenhaus Köppern,  
Emil-Sioli-Weg, Friedrichsdorf,  
mit Tag der Offenen Tür

11:00 Uhr Ökumenischer Gottesdienst  
12:00 Uhr Eröffnung des Festbetriebs  
Freier Eintritt – faire Preise!

Mehr Infos unter  
[www.vitos-hochtaunus.de](http://www.vitos-hochtaunus.de)

Kompetent für Menschen.



Ein Unternehmen des  
**LWVHessen**